

Änderungsantragsübersicht zu I1 „Demokratie stärken und gegen Demokratiefeind*innen vorgehen“

Ä1: zurückgezogen

Ä2: Übernahme

Ä3: Übernahme

Ä4: Übernahme

Ä5: Übernahme

Ä6: Modifizierte Übernahme

Ä7: Modifizierte Übernahme

Ä8, Ä9: hinfällig durch mod. Übernahme aus Ä7

Ä10-13: Übernahme

Modifizierte Übernahme:

Als Demokrat*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten gegen diese Feinde unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische Koalition gegen die rechtsextremen Feinde unserer Demokratie an, sind gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die Debatte ein.

Als Bayerische GRÜNE setzen wir uns für einen 6-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Bayern ein:

1. **Hass ist keine Alternative für Deutschland:** Die Gefahr, welche von der AfD ausgeht, ist unmittelbar und immens. Sie ist eine in großen Teilen rechtsextreme Partei, die den Boden unseres Grundgesetzes verlassen hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere Demokratie und unsere Verfassung nur Verachtung übrig hat. Alle, denen unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht übernimmt – egal, ob in der Kommune, im Landkreis oder im Landtag. Die juristische, politische und gesellschaftliche Ächtung rechtsextremer Parteien und Bewegungen muss für das demokratische Spektrum zur Selbstverständlichkeit werden. Daher befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden. Deshalb setzen wir uns als Bayerische GRÜNE dafür ein, dass die im Grundgesetz verankerten rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie gegen ihre Feinde zum Einsatz kommen. Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss auch der bayerische Verfassungsschutz endlich die Prüfung der AfD intensivieren und zeitnah eine Bewertung der Faktenlage bezüglich des bayerischen Landesverbands der AfD vornehmen. Wird die AfD- Bayern dann als gesichert rechtsextreme Organisation eingestuft, muss er von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden. Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen Mitglieder und Funktionäre der AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft werden. Die Demokratie darf ihre Feinde nicht finanzieren. Sobald ausreichende Kriterien vorliegen, muss ein entsprechender Antrag, dass die zum Ausschluss der rechtsextreme AfD und ihrer Gliederungen von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden. Auch müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, wie auch in Bayern die öffentliche Finanzierung der AfD und parteinaher Stiftungen der AfD beschränkt werden können. Auch ein Verbot der als Verein organisierten Jugendorganisation 'Junge Alternative' muss geprüft werden. Ebenso halten wir auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, für einen Verbotsantrag die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag gründlich zu prüfen und einen breiten Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig. Das alleine reicht natürlich nicht. Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls entscheidend.